

*Es gilt das
gesprochene Wort*

**Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten
Dr. Edmund Stoiber anlässlich des 30-jährigen
Jubiläums des Bildungszentrums Wildbad
Kreuth am 09. Oktober 2005**

- Anrede -

Seit 30 Jahren steht das Bildungszentrum Wildbad Kreuth im Dienst für Demokratie, Frieden und Entwicklung.

Seit der Übernahme durch die Hanns-Seidel-Stiftung vor 30 Jahren hat sich das ehemalige königliche Kurbad zu einem **Mekka des politischen Meinungsaustauschs und der politischen Bildung** entwickelt. Die politische Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung ist bundesweit anerkannt und international hochgeschätzt.

Ich gratuliere der Hanns-Seidel-Stiftung, ihrem Vorsitzenden Dr. Hans Zehetmair, dem Hauptgeschäftsführer Dr. Peter Witterauf und ihren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu drei Jahrzehnten Erfolgsgeschichte im Dienste unserer Demokratie.

Ihr ehrenvoller Einsatz für Demokratie in Frieden und Freiheit verdient unseren Respekt und Dank.

Hunderttausende von Menschen haben der Stiftung mit ihren zahllosen Veranstaltungen und Seminaren in diesen drei Jahrzehnten viel zu verdanken. Im Namen dieser Menschen und im Namen der Staatsregierung sage ich Ihnen den höchsten Dank, den wir in Bayern kennen: **Vergelt's Gott allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern!**

Inmitten der alpenländischen Schönheit gelegen war das Kleinod Wildbad Kreuth über drei Jahrhunderte im Besitz der Tegernseer Äbte. Als ehemaliger Klosterbesitz verbindet das Bildungszentrum Wildbad Kreuth große **christliche Traditionen** mit unserer bayerischen Heimat.

Aber auch die **Tradition der Wittelsbacher** wirkt hier fort, die hier die Elite der Kulturgeschichte des alten Europa um sich versammelten. Zugleich öffneten die Wittelsbacher in königlich-bayerischer Volksverbundenheit die Tore von Wildbad Kreuth für die Bevölkerung. Hier boten sie Kultur und Volksmusik eine Heimstatt. Auch diese Tradition wirkt bis in unsere Gegenwart fort.

Auch an den Namenspatron der Stiftung, **Hanns Seidel**, sei erinnert, der einem freiheitlich-sozialen Denken und einem lebendigen Christentum ver-

pflichtet war. Er formulierte klare Grundsätze und ließ sich niemals von kurzfristigen Stimmungen beeinflussen. Sein Name für diese Stiftung ist nicht nur dankbare Erinnerung an einen bedeutenden Ministerpräsidenten. Sein Name ist Programm für die Stiftung – bis heute.

Vor fast einem halben Jahrhundert, am 23. Mai 1956, legte Hanns Seidel im Bayerischen Landtag sein aus heutiger Sicht hoch aktuelles politisches Vermächtnis dar. Ich zitiere:

*„Gewiss, auch politische Bildung setzt **ein Mindestmaß von Wissen** voraus (...). Politische Bildung verlangt jedoch mehr. (...) Sie gipfelt in der Bereitschaft, diese freiheitliche Ordnung zu behaupten und für ihre Erhaltung auch persönliche Opfer zu bringen. Mit anderen Worten: **Das Politische (...) muss vom einzelnen Staatsbürger als Wert erlebt werden, es muss ihm wertvoll erscheinen, damit er es wertschätzen kann.**“* Zitat Ende.

Bis heute ist das Ziel der politischen Bildung die grundlegende politische **Stabilität unserer Demokratie**. Politische Bildung will den **mündigen Bürger** mit einer aufgeklärten und wertgebundenen

Orientierung. Das hohe Ziel der Hanns-Seidel-Stiftung ist die wissenschaftlich fundierte, politische Bildungsarbeit für eine feste Verankerung von Freiheit, Demokratie und Liebe zur Heimat in Herz und Verstand der Menschen.

Wer nichts weiß, muss alles glauben. Nur wer genau und umfassend informiert ist, kann auch kritisch urteilen und als mündiger Staatsbürger Verantwortung für sich und andere übernehmen. Und nur wer unsere Heimat und unser Vaterland liebt, ist auch bereit, sich dafür einzusetzen.

Die Stiftung kommt ihrem Auftrag seit nun schon fast 40 Jahren mit großem Erfolg nach. Sie fördert politische Bildung auf der Grundlage christlicher **Werte**, vermittelt **Wissen** und weckt die Bereitschaft zur **Mitwirkung** und Übernahme von **Verantwortung** in unserem demokratischen Rechtsstaat.

In der Stiftungssatzung heißt es zu den Aufgaben:

„Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage.“

Als Vorsitzende der Stiftung führten **Dr. Fritz Pirkel** und **Alfred Bayer** die Stiftung zu hohem internationalen Ansehen. Sie erfüllten mit großer Leidenschaft den Auftrag der Stiftung mit Leben und schufen mehr Bewusstsein für die geistige und moralische Dimension von Politik.

Heute tragen **Hans Zehetmair** und seine Stellvertreter **Ursula Männle** und **Alois Glück** umsichtig und sehr erfolgreich das politische Erbe Hanns Seidels und der Stiftungsväter weiter und halten es für die Zukunft lebendig. **Dafür sage ich Respekt und Dank.**

Als das Bildungszentrum vor 30 Jahren seine Arbeit aufnahm, war der Eiserne Vorhang noch bittere Realität und der „Kalte Krieg“ noch lange nicht vorbei. Der historische Auftrag, den **Frieden zu sichern und die Freiheit zu bewahren**, lag auch auf den Schultern der Hanns-Seidel-Stiftung.

In der **Verteidigung unserer Freiheit gegen den totalitären Sozialismus** und gegen alle Feinde unserer Demokratie von rechts und links ging und geht es darum, unsere demokratische Grundordnung zu festigen.

Ein weiterer Markstein der letzten drei Jahrzehnte war die Debatte um **Frieden in Freiheit**. Ich persönlich erinnere mich an die Debatten um den **NATO-Doppelbeschluss**.

Als **junger Generalsekretär** habe ich hier in Kreuth mit Vertretern der Friedensbewegung, den Kirchen, Militärs, unterschiedlichsten politischen Geistern und dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU diskutiert. Das waren leidenschaftliche Auseinandersetzungen, in denen die Hanns-Seidel-Stiftung zu einem politisch-geistigen Orientierungspunkt wurde. Die Stiftung hat dazu beigetragen, dass verantwortliche Friedens- und Sicherheitspolitik in unserem Land durchgesetzt werden konnte.

1982 hat sich Helmut Kohl auf beeindruckende Weise zu NATO und Doppelbeschluss bekannt – und das Schulter an Schulter mit Franz Josef Strauß.

Nach der **Wiedervereinigung** leistete die Stiftung Unermessliches in den neuen Ländern. Sie ermöglichte den Bürgern der ehemaligen DDR die Teilnahme an Seminaren, erklärte die Bedeutung und Errungenschaften unserer Sozialen Marktwirtschaft

und übernahm wichtige demokratische Aufklärungsarbeit vor allem in Berlin, Thüringen und Sachsen.

Auch für unsere **Kommunalpolitik** ist die politische Bildungsarbeit der Stiftung unverzichtbar. Junge Kommunalpolitiker und unser Parteinachwuchs verschaffen sich in Seminaren Bildungsgrundlagen und gewinnen Einblick in ihr neues weit gefächertes Tätigkeitsfeld.

Viele bedeutsame politische Veranstaltungen, etwa die **Klausur der CSU-Landesgruppe**, haben ihre Heimat in Kreuth. Aktuell aus diesem Jahr ist mir die intensive und beeindruckende Diskussion der Landesgruppe mit **Bischof Huber, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland**, in Erinnerung.

Diese ganze Bandbreite zeigt: Die drei Jahrzehnte Tagungsstätte Kreuth sind geprägt von politischen, ethischen und gesellschaftspolitischen Themen, die unsere Zeitgeschichte bestimmen. Der Blick über den Tellerrand der kurzfristigen und bisweilen kurzsichtigen Tagespolitik – das ist der eigentliche **„Geist von Kreuth“**.

Das zeigen auch die unzähligen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen **Publikationen** der Stiftung und die große Zahl an Seminaren und Tagungen. Allein im Jahr 2004 hat die Stiftung 942 Veranstaltungen angeboten, 314 davon in Wildbad Kreuth. Über 31.000 Teilnehmer haben das Angebot zur politischen Bildung wahrgenommen. Diese Teilnehmerzahlen sprechen für sich. Die Hanns-Seidel-Stiftung wird ihrem Auftrag mehr als gerecht.

Freiheit in Verantwortung leben, das bleibt bis heute die wichtigste Forderung aus unserem **christlichen Menschenbild**, zu dem wir uns bekennen.

Doch wie steht es heute um diese Wertschätzung des Politischen, aus der die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme erwächst? Ich sehe ein Hauptproblem für uns in Deutschland darin, dass die große Mehrheit der Bürger das **Vertrauen in die Politik** und damit in **gerechte und zukunftsfähige Reformen** verloren hat.

Den Vertrauensverlust von Staat und Politik bestätigt eine aktuelle Studie vom September 2005 unter dem Titel "Lebensentwürfe und Zukunftspläne".

Ich nenne zwei sehr besorgniserregende Ergebnisse:

Die Aussage: *“Der Staat wird auch künftig die Sicherheit unserer Sozialsysteme gewährleisten.”*

bewerten nur noch 4% mit „trifft voll zu“ und nur 21% mit „trifft eher zu“. **Bei drei von vier Bundesbürgern herrscht Skepsis über die Sicherheit der Sozialsysteme.**

Die Aussage: *„Ich habe Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker, die notwendigen Reformen durchzusetzen.“*

bewerten nur noch 3% mit „trifft voll zu“ und nur 13% mit „trifft eher zu“. **Fünf von sechs Bundesbürgern zweifeln an der Reformfähigkeit der Politiker.**

[„Wie die Deutschen Gegenwart und Zukunft sehen“ des Kölner Forschungs- und Beratungsinstituts psychonomics AG im Auftrag der ING-DiBa Bank.]

Laut einer Analyse von infratest dimap antworten auf die Frage, welche Partei *“Zukunftsprobleme lösen“* könne, fast 30%, mit: *„keine Partei“*. [infratest dimap, August 2005/III]

Auch die wichtigen gesellschaftspolitischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung bestätigen diese Vertrauenskrise. So hat die **Generationenstudie 2005** eine erhebliche Verringerung des Stolzes der

Deutschen auf Demokratie und Sozialstaat feststellt.

Diese **Vertrauenskrise** muss alle Parteien beunruhigen. Deutschland befindet sich in der tiefsten Strukturkrise seit 1949 und gleichzeitig sinkt das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Parteien und der politischen Führung immer mehr. **Aus tiefer Enttäuschung wächst tiefes Misstrauen.**

Auch deshalb steht das Ansehen der Politiker unter allen Berufen mit an letzter Stelle. **Demokratie- und Politikverdrossenheit ist vielfach eine Politikerverdrossenheit.**

Wie überwinden wir die Vertrauenskrise?

Wie schaffen wir angesichts von Globalisierung und Europäisierung die mentale **Bereitschaft zur Veränderung und den Mut zu neuen Wegen?**

Wie fördern wir den inneren Antrieb und die Zukunftszuversicht der Menschen?

Hier liegt die große Verantwortung, die **aktuelle Herausforderung politischer Bildung und auch ein Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung für die Zukunft.** Aber politische Bildung kann immer nur anknüpfen an die konkrete Qualität von Politik und

Politikern. Die Vertrauenskrise ist nur zu überwinden mit einer neuen Glaubwürdigkeit politischen Handelns und mit einer neuen Motivation der Menschen für die anstehenden Reformen.

Unsere Aufgabe lautet: **Politik für morgen braucht Vertrauen heute**. Wir müssen **Mut machen zur Verantwortung**. Wir müssen die großen Aufgaben unserer Zeit vermitteln.

Erstens: Wir nehmen die Generationengerechtigkeit sehr ernst.

Wir wollen unseren Kindern Chancen und Perspektiven vererben und nicht gigantische Schuldenberge und explodierende Zinslasten, die jeden Freiraum ersticken.

Wir leben in einer immer kinderärmeren und damit immer gegenwartsbezogeneren Gesellschaft. Die **Krise der Rentenkasse** ist ein Ausdruck der demografischen Krise. Die Alters-Rente wird für die junge Generation zum Draufzahl- Geschäft.

Während der Geburtsjahrgang 1930 in der gesetzlichen Rentenversicherung im Verhältnis von Einzahlung zu Rentenleistung noch eine Rendite von

drei Prozent erzielt, wird es beim Jahrgang 1950 nur noch ein Prozent sein.

Wer nach 1970 geboren ist, bekommt beim derzeitigen System voraussichtlich weniger heraus, als er einbezahlt hat. Das wirft nicht nur verfassungsrechtliche Fragen auf, das birgt auch sozialen Sprengstoff.

Vor dreißig Jahren, als die Tagungsstätte in Wildbad Kreuth eröffnet wurde, war die Situation noch eine andere. **1975 war ich ein Jahr Mitglied des Bayerischen Landtags.** Wenn ich an diese Jahre zurückdenke, dann war damals das Lebensgefühl alles in allem geprägt durch Optimismus: Die Zukunft versprach besser zu sein als die Vergangenheit.

Fortschritt war ein Synonym für Sicherheit, Stabilität und Kontinuität. "Weiter so!" hieß jahrzehntelang: "Weiter aufwärts!" **Heute heißt für die Jungen in Deutschland „Weiter so!“ vielfach „Weiter abwärts!“**

Das Credo der Generation meiner Eltern und auch die Zuversicht meiner Altersgeneration war wie selbstverständlich: **Unsere Kinder sollen es**

einmal besser haben als wir! Und tatsächlich ging es der Nachfolgegeneration stets besser als der Vorgängergeneration. Heute fragen viele Eltern zu Recht: **Was müssen wir tun, damit es unsere Kinder und Kindeskinde nur annähernd so gut haben werden wie wir?**

Vertrauen in die Zukunft und Fortschrittsoptimismus des Jahres 1975 sind Skepsis und Zweifeln gewichen. Tatsache ist: Die heute Jungen werden es schwerer haben als die Jungen vor 30 Jahren. Ein Hauptthema der Jungen ist deshalb zu Recht **Generationengerechtigkeit.**

Immer mehr Junge werfen ihrer Väter- und Müttergeneration eine "Verdrängung der Probleme" vor. Deshalb braucht unsere Demokratie **Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Kraft für die Zukunft.**

Die Menschen wollen Entscheidungen, die auch morgen und übermorgen noch tragen. Daraus wächst Legitimation, ein neues **optimistisches Wir-Gefühl und der Stolz, in Deutschland zu Hause zu sein.**

Wir müssen die Menschen mehr und mehr gewinnen für eine Politik der Zukunftsinteressen, die natürlich auch Belastungen für die Gegenwartsinteressen bedeutet.

Wir halten in Bayern an unserem Kurs solider Finanzen fest. Der **Haushalt ohne Neuverschuldung** ab dem nächsten Jahr ist zugleich Grundlage und Wegweiser in die Zukunft unserer jahrzehntelangen, nachhaltigen Finanzpolitik.

Das muss auch wieder auf der Bundesebene gelten: Der **aktuelle Bundeshaushalt** hat ein strukturelles Defizit von mindestens 51 Milliarden €. 2006 müssen wir mit bis zu 60 Milliarden € Defizit rechnen. Gleichzeitig ist die Investitionsquote auf einen historischen Tiefstand gefallen. Auch 2006 werden wir den Stabilitätspakt verletzen.

EU-Kommissar Verheugen hat deutlich gewarnt: Die Geduld der EU ist zu Ende. Für die miserable Finanzpolitik Deutschlands hat niemand mehr Verständnis. Diese Schuldenpolitik muss ein Ende haben. **Deutschland muss wieder Stabilitätsanker in Europa werden.**

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln mit einem guten Gewissen in die Augen schauen können!

Für uns gilt der Grundsatz christlicher Ethik: **Der Wert einer Generation liegt nicht in ihrer Ernte, sondern in ihrer Aussaat.**

Zweitens: Wir müssen das Soziale neu denken.

Im Moment leisten wir uns mehr als wir leisten - Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Das Bundessozialministerium hat errechnet, dass die Sozialausgaben auf den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gestiegen sind (bezogen auf 2002, FAZ 07.06.04). Die Bürger beziehen pro Jahr im Schnitt 8.300 Euro Sozialleistungen. Im Schnitt der letzten Jahre sind die Sozialausgaben jedes Jahr um 3,2 Prozent gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt aber nur um 2,3 Prozent.

Zudem ist **legale Arbeit immer teurer geworden.** Das ist eine wesentliche Ursache für die **Abkehr von der ursprünglichen Dynamik und Anreizkultur der Sozialen Marktwirtschaft.**

Ludwig Erhard hat zu Recht festgestellt:

"Soziale Leistungen, so wünschenswert sie auch sind und so kühn sie sich in manchen Köpfen darstellen, schöpfen nur aus einer Quelle: Das ist die

Arbeit unseres Volkes in einer freien Wirtschaft und Gesellschaft." (Ludwig Erhard, 1977)

Mit anderen Worten: Sozialpolitik und Marktpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ohne Wachstum und Arbeit für die Menschen kein starker Sozialstaat für die Bedürftigen. **Ohne Winzer gibt es keinen Wein.**

Deshalb heißt die **soziale Frage Nr. 1** in Deutschland: Was schafft Arbeit? Wovon sollen wir morgen leben? Unsere **Antworten** für eine „sozial gerechte“ Gesellschaft lauten:

Sparen und Investieren. Mehr Freiheit, weniger Fürsorgestaat. Nur Aktivierung des Einzelnen und mehr Investitionen von Wirtschaft und Staat bringen auf Dauer neue Arbeit und damit eine soziale Zukunftsdividende.

Wir brauchen einen **aktivierenden Staat** und eine aktive Bürgergesellschaft. Dafür setzt sich besonders **Alois Glück** konzeptionell und programmatisch ein. Er hat Recht: Die **Ära eines paternalistischen Staatsverständnisses ist vorbei.**

Der deutsche Glaube an „Vater Staat“ ist ein Irrglaube. Seit Bismarcks Zeiten schien in Deutschland die Forderung "**Mehr Staat!**" mehr sozialen Wohlstand, mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu versprechen. **Das ist Vergangenheit.** Wir müssen Mut machen zur Eigeninitiative des Einzelnen.

Vor allem aber: Der Sozialstaat muss **demografiefest, globalisierungsfest** und **familienfreundlicher** werden. **Das ist unsere soziale Generationenaufgabe.**

Drittens: Sozialer Wohlstand braucht Innovationen.

Der Ansatz zur Überwindung der Krise Deutschlands greift weit über das Wirtschaftliche hinaus. Er berührt unser Selbstverständnis, unsere Bewusstseinslage und unseren **Willen zur Zukunft.**

Forschung und Entwicklung sind der Motor für Wachstum und sozialen Wohlstand. Nur wenn es uns gelingt, immer wieder neue Produkte, Verfahren und Märkte zu finden, werden wir das nötige Wachstum erreichen, das Arbeitsplätze schafft, ein

steigendes Einkommen ermöglicht und nicht zuletzt unser soziales System sichert.

Wer im Wettbewerb bestehen will, braucht **Spitzeninnovationen**. Standortwettbewerb ist Innovationswettbewerb. Mit der **Offensive Zukunft Bayern** und der **High-Tech-Offensive** haben wir allein im letzten Jahrzehnt **weit über 4 Milliarden Euro zusätzlich** zum Haushalt vor allem in Forschung, in Universitäten und Fachhochschulen und in die Zukunftstechnologien investiert. Damit haben wir auch die soziale Zukunft Bayerns entscheidend gestärkt.

Ganz Deutschland braucht eine Offensive für Innovationen, für neue Produkte, für neue Unternehmen und damit für neue Arbeit. Das muss ein Schwerpunkt der Großen Koalition werden. Wir müssen das, was uns an Arbeitsplätzen laufend wegbricht, durch Neues, Zukunftsfähiges ersetzen.

Voraussetzung für eine innovative, dynamische Volkswirtschaft sind die drei K's: **Know how, Köpfe, Kapital**. Ich bin deshalb sehr stolz darauf, dass der diesjährige **Physik-Nobelpreis** an Herrn Professor Hänsch aus München geht. Der Physik-Nobelpreis ist eine große Ehre und Auszeichnung

für den Forschungsstandort Bayern und Deutschland. Bei Forschung und Entwicklung weltweit führend zu sein, ist eine entscheidende Grundlage für Wohlstand und eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Wir Deutsche müssen deshalb weiterhin auf die Ergebnisse von **PISA** reagieren, wie die Amerikaner in den 50er und 60er Jahren auf den **Sputnik-Schock**: mit einer nationalen Kraftanstrengung für Bildung und Forschung. **Deutschland braucht einen Aufbruch in den Köpfen für Bildung, Leistung und Verantwortung.**

Gerechtigkeit für heute und morgen gestalten, Chancen auf Arbeit und Bildung eröffnen, Verantwortung für sich und die anderen zeigen - diese Grundsätze der **christlichen Sozialethik** sind hochaktuell.

Für diese Werte und die Zukunft einer dynamischen und sozialen Gesellschaft kann die **Große Koalition** eine Chance sein. In der Krise muss ein breites Spektrum der Demokraten die Zusammenarbeit suchen. Aber die Große Koalition ist eine **Ausnahme unserer Demokratie** und sie birgt immer das Risiko der Stärkung des linken und

rechten Randes. Deshalb muss eine zeitlich begrenzte Zusammenarbeit der großen Volksparteien eine **Gestaltungskoalition** sein, die Probleme mutig anpackt und nicht nur verwaltet. Wir dürfen die Menschen nicht enttäuschen. Wir müssen die drängenden Probleme rasch und entschlossen angehen: **Haushalt, Arbeitsmarkt, Föderalismusreform, soziale Sicherungssysteme.**

Nur rasches Handeln schafft Rückhalt für die beiden großen Volksparteien. Die Menschen wollen eine Bundesregierung, die sofort Lösungen gestaltet und nicht länger Probleme verwaltet. Sonst hat eine Große Koalition keine Legitimation und es droht ein weiterer und dann gefährlicher Vertrauensverlust. Dann droht eine **Radikalisierung aus Enttäuschung. Das müssen wir verhindern!**

Die christliche Soziallehre mit den Grundwerten der **Eigenverantwortung und Subsidiarität** ist Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und sie muss Grundlage sein zur **Wiedergeburt der Stärken Deutschlands**. Der Staat konzentriert sich auf das Notwendige, weil das Wünschenswerte nicht mehr zu finanzieren ist. Der Staat sorgt für Anreize

zur Leistung, für Investitionen in die Zukunft, für einen fairen Wettbewerb mit Chancengerechtigkeit.

Hanns Seidel nannte Politik „**einen Auftrag, dessen Vollzug am Ende der Tage verantwortet werden muss**“.

Im Sinne dieser christlich-sozialen Verantwortungsethik für heute und morgen geht es der Hanns-Seidel-Stiftung in Deutschland, Europa und in aller Welt um **politische Kompetenz, Wahrheit und demokratisches Engagement**.

Der Staat kann die Werte nicht schaffen, auf die er aufbaut.

Deshalb ist die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung für ein christlich-soziales Wertebewusstsein so wertvoll - für die demokratischen Grundwerte der freien Welt, für die Zukunft der Demokratie, für den Grundsatz: Der demokratische Staat – das sind wir alle.

Ich wünsche der Stiftung und ihrer Tagungsstätte auch für die nächsten 30 Jahre viel Erfolg im Dienste unserer Demokratie!